SF Energy GmbH

INFORMATIONSSCHREIBEN über die DATENVERARBEITUNG - Whistleblowing

Einleitung

Gemäß Artikel 12, 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 / General Data Protection Regulation (GDPR) und im Allgemeinen in Übereinstimmung mit dem in der GDPR selbst festgelegten Grundsatz der Transparenz stellt **SF Energy GmbH** (im Folgenden auch die Gesellschaft) folgende Informationen über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Hinweisgebers (d. h. jegliche Information über eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person: die betroffene Person) bereit, in Bezug auf die Erfassung und Verwaltung von Meldungen über erhebliche Missstände, Unregelmäßigkeiten oder Verstöße gegen nationale oder EU-Vorschriften, welche im Rahmen des Arbeitsverhältnisses von Mitarbeitern des für die Verarbeitung Verantwortlichen und/oder von allen Personen in den anderen von der geltenden Gesetzgebung vorgesehenen Fällen festgestellt werden, gemäß dem Gesetz Nr. 179 vom 30. November 2017 ("Whistleblowing") und des gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 24 vom 10. März 2023.

1. Verantwortlicher der Datenverarbeitung

Der Verantwortliche der Datenverarbeitung (also das Rechtssubjekt, das die Zwecke und Mittel der Verarbeitung personenbezogener Daten festlegt, „**Verantwortlicher der Datenverarbeitung**" oder „Verantwortlicher") ist **SF Energy GmbH**, in der Person ihres gesetzlichen Vertreters *pro tempore,* mit Sitz in 39100 Bozen, Zwölfmalgreiener Straße 8, Steuernummer 02696620216, Telefon +39 0471 987100, **ZEP sf-energy@pec.alperia.eu**

2. Kontaktdaten

Zur Ausübung ihrer Rechte sowie für weitere Informationen über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten kann die betroffene Person eine Mitteilung mit Angabe des Inhalts der spezifischen Anfrage an folgende E-Mail-Adresse senden: **privacy.whistleblowing@alperia.eu** oder an die anderen oben genannten Kontakte des Verantwortlichen.

3. Zwecke der Verarbeitung

Die Verarbeitung der zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten dient der Verwaltung der Meldungen in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen des Gesetzes Nr. 179 vom 30. November 2017 - "Bestimmungen zum der Personen, die strafbare Handlungen oder Ordnungswidrigkeiten melden, von denen sie im Rahmen ihres öffentlichen oder privaten Arbeitsverhältnisses Kenntnis erlangt haben" und des gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 231 vom 21. November 2007, abgeändert durch das gesetzesvertretende Dekret Nr. 90 vom 25. Mai 2017, sowie das gesetzesvertretende Dekret Nr. 24 vom 10 März 2023 - "Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, und Bestimmungen zum Schutz von Personen die Verstöße gegen nationale Rechtsvorschriften melden".

4. Art der verarbeiteten Daten

Die von der Gesellschaft verarbeiteten Daten können personenbezogene Daten und Kontaktinformationen beinhalten.
Darüber hinaus kann es bei der Erfüllung spezifischer gesetzlicher Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Verwaltung des Verhältnisses (wie z. B. Pflichtmitteilungen an die Justizbehörden) vorkommen, dass die Gesellschaft besondere Kategorien von Daten gemäß Art. 9 GDPR und Art. 10 GDPR verarbeitet.

5. Obligatorische bzw. erforderliche Bereitstellung der Daten und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Bereitstellung personenbezogener Daten für Zwecke im Zusammenhang mit der Verwaltung der Meldungen ist für die Erfüllung der unter Punkt 3 genannten Zwecke unbedingt erforderlich. Die nichterfolgte Bereitstellung macht es daher unmöglich, die unter Punkt 3 genannten Tätigkeiten auszuführen. Die Nichtbereitstellung der Daten hat jedoch zur Folge, dass die Meldung zwar bearbeitet wird, aber nicht die Möglichkeit besteht, den Verpflichtungen zur Information und Rückmeldung an den Hinweisgeber über den Fortgang der Meldung im Einklang mit den Rechtsvorschriften nachzukommen.
Es besteht also keine Verpflichtung zur Bereitstellung der Daten, aber andernfalls ist es nicht möglich, die gesetzlichen Verpflichtungen zur Rückmeldung an den Meldenden vollständig zu erfüllen.
Die Meldung an die Gesellschaft kann über einen der auf der Website angegebenen Kanäle erfolgen, und zwar:

- durch Zugriff auf die eWhistle-Plattform, die über den entsprechenden Link zugänglich ist

- mittels einer aufgezeichneten Sprachnachricht an die auf der Website angegebene Telefonnummer
- bei einem persönlichen Treffen mit dem Verwalter der Meldung, das über die eWhistle-Plattform beantragt werden kann

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten ist die Notwendigkeit für den Verantwortlichen, den gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen, denen er zu dem in Punkt 3 genannten Zweck unterliegt, sowie das berechtigte Interesse des Verantwortlichen an der ordnungsgemäßen Entgegennahme und Bearbeitung der Meldungen.

6. Modalitäten der Verarbeitung. Offenlegung der Daten.

In Bezug auf die vorgenannten Zwecke erfolgt die Verarbeitung personenbezogener Daten, in Übereinstimmung mit den regulatorischen Vorschriften, durch den Einsatz von manuellen, computergestützten und telematischen Systemen und mit einer Logik, die eng mit denselben Zwecken verbunden ist, und auf jeden Fall so, dass die Sicherheit und Vertraulichkeit der Daten gewährleistet sind.
Es sind keine automatisierten Entscheidungsprozesse vorgesehen.
Um die unter Punkt 3 genannten Zwecke zu verfolgen, muss die Gesellschaft personenbezogene Daten an Subjekten weitergeben, auch an externen Subjekten, die zu folgenden Kategorien gehören:

- Aufsichtsorgan (AO), das sich zur Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben auf das eigene Sekretariat und erforderlichenfalls auf den Bereich Internal Audit stützen kann;
- Subjekte, welche Dienstleistungen für die Verwaltung des Informationssystems erbringen, auf der Grundlage einer spezifischen Ernennung als Datenverarbeiter gemäß Art. 28 GDPR;
- Subjekte, welche Tätigkeiten im Bereich der Archivierung und Aufbewahrung der Dokumentation auch in elektronischem Format durchführen;
- Dritte, wie z. B., falls zutreffend, die Justizbehörde und andere zuständige Stellen / Einrichtungen des öffentlichen Rechts in Bezug auf den gemeldeten Fall.

Die personenbezogenen Daten werden nicht verbreitet.

7. Aufbewahrung der personenbezogenen Daten

Personenbezogene Daten werden nur so lange aufbewahrt, wie es für die Zwecke, für die sie erhoben werden, erforderlich ist, gemäß dem Grundsatz der Verschlüsselung laut Art. 5.1.c) GDPR.
Die Gesellschaft könnte bestimmte Daten für den nach den geltenden Rechtsvorschriften vorgeschriebenen Zeitraum sowie für den Zeitraum, der für die Geltendmachung von Rechten vor Gericht erforderlich ist, aufbewahren.

8. Ort der Datenverarbeitung

Die Daten werden im Gebiet der Europäischen Union verarbeitet. Es besteht keine Absicht zur Übermittlung der Daten an Länder außerhalb der Europäischen Union oder an internationale Organisationen.

9. Rechte des Betroffenen

Die GDPR weist dem Betroffenen die Ausübung der folgenden Rechte in Bezug auf die ihn betreffenden personenbezogenen Daten zu (die zusammenfassende Beschreibung ist indikativ und es wird daher auf die GDPR und insbesondere auf die Artikel von 15 bis 21 verwiesen):

a) Zugang zu den personenbezogenen Daten (die betroffene Person ist berechtigt, unentgeltlich Auskunft über die im Besitz des Verantwortlichen befindlichen personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung sowie eine Kopie in einem zugänglichen Format zu erhalten);

b) Berichtung der Daten (der Verantwortliche wird auf Anforderung der betroffenen Person hin seine unrichtigen oder ungenauen Daten – soweit es sich nicht um Bewertungselemente handelt - korrigieren oder ergänzen, auch wenn die Unrichtigkeit und die Ungenauigkeit der Daten auf eine unterlassene Aktualisierung derselben zurückzuführen ist);

c) Widerruf der Einwilligung (wenn die Verarbeitung kraft der von der betroffenen Person erteilten Einwilligung erfolgt - dies ist jedoch nicht der Fall bei den in diesem Informationsschreiben genannten Verarbeitungsvorgängen - kann er seine Einwilligung jederzeit widerrufen, ohne dass damit die Rechtmäßigkeit der vor dem Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird);

d) Löschung der Daten (Recht auf Vergessenwerden) (z. B.: die Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich; sie wurden unrechtmäßig verarbeitet, sie müssen zur Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht gelöscht werden; die betroffene Person hat seine Einwilligung widerrufen - dies ist jedoch nicht der Fall bei den in diesem Informationsschreiben genannten

Verarbeitungsvorgängen - und es besteht keine andere Rechtsgrundlage für die Verarbeitung; der Betroffene widersetzt sich der Verarbeitung bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Buchstabe f);

e) **Einschränkung der Datenverarbeitung** (in bestimmten Fällen – Bestreiten der Richtigkeit der Daten während des zur Überprüfung notwendigen Zeitraums; Bestreiten der Rechtmäßigkeit der Verarbeitung mit Widerspruch gegen die Löschung; Notwendigkeit, die Daten zur Wahrnehmung der Verteidigungsrechte des Betroffenen zu nutzen, während sie für die Zwecke der Verarbeitung nicht mehr nützlich sind; Widerspruch gegen die Verarbeitung während des zur Überprüfung notwendigen Zeitraums – werden die Daten in einer Weise gespeichert, dass sie wiederhergestellt werden können, aber der Verantwortliche kann sie in der Zwischenzeit nicht einsehen, es sei denn, dies geschieht im Zusammenhang mit der Rechtsgültigkeit der Anfrage auf Einschränkung des Betroffenen oder mit der Zustimmung des Betroffenen oder zur Feststellung, Ausübung oder Verteidigung eines Rechts vor Gericht oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wesentlichen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats);

f) **Widerspruch ganz oder teilweise gegen die Datenverarbeitung aus legitimen Gründen** (die betroffene Person kann sich der Verarbeitung ganz oder teilweise aus Gründen, die mit seiner besonderen Situation zusammenhängen, auf der Grundlage eines berechtigten Interesses widersetzen);

g) **Übertragbarkeit der Daten** (wenn die Verarbeitung auf der Grundlage einer Einwilligung oder eines Vertrages und mit automatischen Mitteln erfolgt - dies ist jedoch nicht der Fall bei den in diesem Informationsschreiben genannten Verarbeitungsvorgängen - werden der betroffenen Person die ihn betreffenden personenbezogenen Daten auf seine Anfrage hin in einem strukturierten Format - das üblicherweise von einem automatischen Gerät verwendet und gelesen werden kann – zur Verfügung gestellt, so dass er die Daten an einen anderen Verantwortlichen übermitteln kann, ohne vom Verantwortlichen, dem er diese Daten ursprünglich bereitgestellt hat, daran gehindert zu werden, und - wenn dies technisch möglich ist - auch verlangen, dass diese Übermittlung direkt durch den Verantwortlichen erfolgt.

Die betroffene Person hat immer das Recht, eine **Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Datenschutzbehörde)** einzureichen, die unter den auf der Website der Behörde **www.garanteprivacy.it** angegebenen Kontaktdaten erreicht werden.

* * *

Juli 2023